

Umsetzungsstand der Haushaltskonsolidierungsbeschlüsse für das Jahr 2006

Beschluss des Stadtrates vom 29.03.2006

- I. Der Stadtrat hat am 29.03.2006 eine Reihe von Beschlüssen zum Sparpaket 2006 gefasst. Die Verwaltung wurde beauftragt, für die zügige Umsetzung der beschlossenen Maßnahmen zu sorgen sowie Ergebnisse von Prüfaufträgen spätestens bis Frühjahr 2007 vorzulegen. Über die Realisierung der einzelnen Vorgaben und den Sachstand bei Prüfaufträgen ist mindestens halbjährlich zu berichten.

Die Gesamtsumme der beschlossenen Maßnahmen beträgt 9,933 Mio Euro. Bisher wurden Beschlüsse in der Höhe von 6,924 Mio € umgesetzt. In der Umsetzung befinden sich weitere 1,344 Mio. Euro. Noch nicht abschließend geprüft wurden Vorschläge in einer Größenordnung von knapp 1,665 Mio €.

Die als Anlage 1 beigefügte Aufstellung zum Sparpaket 2006 beinhaltet den aktuellen Umsetzungsstand.

Folgende Beschlüsse gelten als erledigt:

Lfd. Nr.	Dst.	Kurzbezeichnung	Umsetzungsstand	Einsparbetrag
6	Ref. I	Einstellung des Drucks des städtischen Telefonbuches	Vorschlag grundsätzlich vollzogen (Einsparung von Sachkosten - es wird keinen Haushaltsansatz in dieser Hinsicht mehr geben); Ergänzungsvorschlag, das Telefonbuch nur bei Bedarf und voller Finanzierung durch Dienststellenbudgets zu drucken, wird umgesetzt.	14.000
11	Ref. II	Die bisherigen Erfahrungen mit der Erhebung der Zweitwohnungssteuer sollten die Reduzierung der hierfür vorhandenen Personalkapazität um eine Stelle des mittleren Dienstes zulassen.	Realisierung durch Anbringen eines kw-Vermerkes (Wirksamkeit 2008)	40.000
14	SchV	Neues Modell für die Tagesstätte Jean-Paul-Platz	Eine freie Stelle wurde zum 01.09.2006 dem Stellenplan entnommen.	48.700
15	SchV	Wegfall der Mal- und Zeichenkurse	Im POA am 19.09.2006 wurden Stelleneinzüge beschlossen, die schon realisiert werden konnten; die Zahl der Verträge ist in den letzten Jahren sukzessive zurückgegangen.	14.000
16	J	Reduzierung der Vergütung von Vorpraktikantinnen und Vorpraktikanten im Erziehungsdienst	Erledigt durch POA-Beschluss vom 11.7.06	150.000
26	BZ	Restrukturierung mit externer Begleitung	Im Haushalt 2007 vollzogen.	9.800
27	BZ	Reduzierung des Defizits	Die Honorare wurden abgesenkt.	145.000
34	Allg.	StWN – Reduzierung Verlustausgleich	Der Gesamtverlust StWN ist entsprechend reduziert.	3.000.000

Die Ziffer 35 „Haushaltssperre“ (Einsparziel: 3.542.600 €) gilt durch Dringliche Anordnung des Oberbürgermeisters als erledigt und wurde vom Stadtrat in seiner Sitzung vom 29.03.2006 zur Kenntnis genommen.

Folgende Prüfaufträge sollten als erledigt betrachtet werden:

1. Umzüge und Transporte (Ifd. Nr. 9)

Die Vergabe an Dritte wurde bereits weitestgehend umgesetzt. Die noch bestehende Personalkapazität mit 3 Vollkräften wird für kleinere Umzüge und Transporte innerhalb der Stadtverwaltung benötigt. Mit einer weiteren Personalreduzierung ist die Abdeckung der Aufgaben nicht mehr möglich. Es wird empfohlen, den Beschluss aufzuheben.

2. Eintrittsermäßigungen stark reduzieren (Ifd. Nr. 29)

Das neue Konzept der Eintrittspreisgestaltung für KuM, KuH, Lochgefängnisse und Planetarium wurde im Kulturausschuss am vom 11.10.2006 und im Stadtrat am 25.10.2006 vorgestellt und beschlossen. Der Prüfauftrag sollte damit als erledigt gelten.

3. Optimierung der Raumnutzung (Ifd. Nr. 31)

Die dauerhafte gemeinsame Nutzung von Räumen ist nur unter bestimmten engen Voraussetzungen möglich; die sich hieraus ergebenden Möglichkeiten sind bei der Stadt Nürnberg im wesentlichen bereits ausgeschöpft, so dass insoweit kaum weitere Einsparungen erzielt werden können. Gemeinsame Nutzungsmöglichkeiten werden wie bisher selbstverständlich laufend auch weiterhin geprüft.

Durch das neu geschaffene Anreizsystem zur Abgabe nicht mehr benötigter Räume konnten bereits in mehreren Fällen erste Erfolge erzielt werden. Weitere Raumrückgaben und damit Einsparungen sind auch künftig zu erwarten und im Rahmen der Optimierung der Innerbetrieblichen Leistungsverrechnung (Ifd. Nr. 12) weiter verfolgt. Der Prüfauftrag sollte damit als erledigt gelten.

4. Städtischer Fuhrpark - u.a. Abstellflächen (Ifd. Nr. 32)

Der weitaus größte Teil der Dienstfahrzeuge ist bei den Dienststellen bzw. Eigenbetrieben ASN, GBA, T, FW und SUN vorzufinden. Diese werden auf entsprechenden Betriebshöfen abgestellt. Es sind kaum Einnahme- bzw. Einsparmöglichkeiten erkennbar. Im Rahmen der Optimierung der Innerbetrieblichen Leistungsverrechnung (Ifd. Nr. 12) wird mit geprüft, inwieweit durch Anreizsysteme doch noch Ansatzpunkte gesehen werden können. Der Einsparbeschluss sollte deshalb aufgehoben werden.

II. Ref. I/POA

Nürnberg, den 10. November 2006
Amt für Organisation und
Informationsverarbeitung

In Abdruck an:

- a) BgA
- b) Ref. II
- c) Ref. I/II – Stabsstelle VR
- d) PA
- e) Stk
- f) GPR

Haushaltskonsolidierung 2006

<u>Lfd. Nr.</u>	<u>Bereich</u>	<u>DSI</u>	<u>Kurzbezeichnung</u>	<u>Prüfauftrag (EUR)</u>	<u>Gesamt (EUR)</u>	<u>Beschreibung/Begründung (Kurzfassung)</u>	<u>Weiterbearbeitung durch:</u>	<u>Umsetzung</u>	<u>Einsparung IST (EUR)</u>	<u>Einsparung im Vollzug (EUR)</u>	<u>offene Einsparung (EUR)</u>	<u>angepasster Einsparbeitrag (EUR)</u>
1	SRD	RA	Justitiariat	50.000	50.000	Prüfung durch OrgA, ob die Zahl der Juristen beim Justitiariat um eine Stelle verringert werden kann, wenn Standardstreitigkeiten in den Dienststellen erledigt werden können.	OrgA, RA	Kapazitätsüberprüfung erfolgt mit der Auswertung des Widerspruchsverfahrens Mitte 2007			50.000	50.000
2	SRD, 3.BM	SRD, UwA	Wahrnehmung von Aufgaben als Kreisverwaltungsbehörde im übertragenen Wirkungskreis nur noch kostendeckend in Höhe der staatlichen Zuweisungen	20.000	20.000	Nach Art 9 FAG erhält die Stadt Nürnberg für die Wahrnehmung der Aufgaben als staatliche Gesundheitsämter, die Durchführung des Heimgesetzes, der Veterinärämter, in der Lebensmittelüberwachung, beim Vollzug des Futtermittelrechts, (der Ernährungsberatung) und der Wasserwirtschaftsämter eine jährliche Zuweisung vom Freistaat Bayern, für 2005 den Betrag von 4.527.392 EUR. Es ist zu prüfen, ob die Stadt Nürnberg beim hierfür getätigten Personal- und Sachaufwand kostendeckend arbeitet oder ob für die Wahrnehmung der Aufgaben aus dem städtischen Haushalt Mittel darüber hinaus aufgewendet werden müssen. Der entsprechende Personal- und Sachaufwand ist auf die Höhe der staatlichen Zuweisung zu deckeln. Seitens OrgA sollte, wie bereits bei Gh erfolgt, eine Untersuchung zum aktuellen Aufwand und zur Höhe der Kostendeckung erfolgen.	OrgA, SRD, 3. BM	Prüfungen bei Gh im Rahmend es erweiterten Budgetmodells, im Bereich Futtermittelrecht sowie im Bereich staatl. Schulamt; Kostendeckung im Bereich staatl. WWA wird derzeit geprüft.			20.000	20.000
3	2.BM, 3.BM	SpS, GBA	Sportplätze/-hallen: Neustrukturierung des Bereiches und Betriebs	200.000	200.000	Für die 11 noch in Eigenregie der Stadt betriebenen Sportplätze/-hallen verfügt SpS noch über 23,85 Platz- und Hallenwarte (davon 3 mit kw-Vermerk). Neben einer Pflegekolonne gilt hierbei immer noch das Prinzip, dass je Sportanlage mindestens eine Kraft fest zugeteilt ist und dort von der Platz-/Hallenaufsicht bis hin zu Reinigungs-, Grünflächenpflege- und Gerätereparaturarbeiten alles erledigt. Im Bereich der hausmeisterlichen Betreuung von Schulen erfolgt derzeit eine Umstrukturierung dahingehend, dass reine (Aufsichts-)Anwesenheitszeiten weitgehend reduziert werden und dafür soweit als möglich fachspezifische Arbeiten mit dem vorhandenen Personal im Rahmen seiner Qualifizierung erledigt werden. Analog muss es möglich sein, dass die Nutzung der Anlagen künftig weitestgehend in Eigenverantwortung der Schulen und Vereine erfolgt (Schlüsselgewalt) und nur noch eine Kraft für durchschnittlich 3 Anlagen den ordnungsgemäßen Zustand überwacht bzw. Reparaturarbeiten erledigt.	OrgA, 2. BM, 3. BM	SpS: Vorschläge zur Personaleinsparung in Höhe von 186.000 € - Voraussetzung für eine Einsparung in Höhe von 92.000 € ist die Errichtung eines Kunststoffrasenplatzes auf der Sportanlage Gibitzenhof (Kosten in Höhe von 400.000 €).		94.000	92.000	186.000

Haushaltskonsolidierung 2006

<u>Lfd. Nr.</u>	<u>Bereich</u>	<u>DSI</u>	<u>Kurzbezeichnung</u>	<u>Prüfauftrag (EUR)</u>	<u>Gesamt (EUR)</u>	<u>Beschreibung/Begründung (Kurzfassung)</u>	<u>Weiterbearbeitung durch:</u>	<u>Umsetzung</u>	<u>Einsparung IST (EUR)</u>	<u>Einsparung im Vollzug (EUR)</u>	<u>offene Einsparung (EUR)</u>	<u>angepasster Einsparbeitrag (EUR)</u>
4	3.BM, Ref. VI	GBA, Stpl, T	Reduktion von öffentlichen Straßenbegleitgrünflächen		0	Reduktion von öffentlichen Straßenbegleitgrünflächen zugunsten privater Grünflächen. Minderung der Baumstandorte entlang von Straßen. u diesem Punkt gibt es zwischen den Dienststellen bereits seit einigen Jahren vereinbarte Standards, die in nächster Zeit hinsichtlich der Größe und der Ausführung von Baumscheiben an die neuen Standards der DIN, bzw. der FLL-Richtlinien angepasst werden müssen. Teil dieser Vereinbarungen ist z.B., dass in den Stichstraßen von Neubaugebieten keine Straßenbaumpflanzungen geplant und ausgeführt werden sollen, da diese nur für übergeordnete Straßen und Straßen mit Erschließungsfunktion im Baugebiet eingesetzt werden sollen. Gleiches gilt auch für die Mindestgrößen von begrünten Flächen im Straßenraum.	GBA, Stpl, T	GBA: neue Standards nach den einschlägigen DIN-Normen und Richtlinien der FLL sind in Aufbau. Abstimmungsgespräche Ende des Jahres 2006 abgeschlossen.			0	0
5	3.BM, Ref. VI	UwA, GBA, Stpl	Überprüfen in wie weit es möglich und vertretbar sein sollte, Grünflächen in Bebauungsplänen wo möglich als private Grünflächen festzusetzen. Das gilt insbesondere für Ortsrandeingrünungen.		0	Sinnvollerweise sollten begrünte oder zu begrünende Flächen, die nicht der Erholung dienen und über keinerlei Aufenthaltsqualität verfügen (so z.B. „Trenngrün“ zwischen Gewerbeflächen und Wohnflächen, „Ortsrandeingrünungen“ u.a.) entsprechend ihrer Funktion als private Grünflächen mit der jeweiligen Zweckbestimmung festgesetzt werden. Dazu gehört auch, dass bislang in Privatbesitz befindliche Wald- oder andere öffentlich zugängliche Freiflächen nicht als öffentliche Grünflächen festgesetzt werden müssen, da nach Art. 21 und 22 des Bayerischen Naturschutzgesetzes jeder Bürger das Recht auf Erholung in der freien Natur hat. Eine Festsetzung als öffentliche Grünfläche ist deshalb in diesen Fällen nicht erforderlich.	UwA, GBA, Stpl	GBA: neue Standards nach den einschlägigen DIN-Normen und Richtlinien der FLL sind in Aufbau. Abstimmungsgespräche Ende des Jahres 2006 abgeschlossen.			0	0
6	Ref. I	OrgA	Einstellung Druck städt. Telefonbuch		14.000	Das städtische Telefonbuch steht tagesaktuell im Intranet zur Verfügung. Gedruckte Exemplare veralten relativ zügig und werden bislang nur ca. alle zwei Jahre neu gedruckt. Generell sollte bei PC-Arbeitsplätzen kein gedrucktes Exemplar mehr bestellt werden (7 EUR pro Exemplar). Eine komplette Einstellung des Druckes ist anzustreben. Externe Nutzer (z.B. Polizei) können auch per CD-ROM versorgt werden, im Arbeiterbereich können einzelne Seiten ausgedruckt werden. Ggf. kann zukünftig die Pflege der Mitarbeiterdaten zentral an einer Stelle erfolgen (z.B. in SAP HR oder im Active Directory) und somit die Pflege der Inhalte mit einer neuen Softwarelösung ebenfalls reduziert werden.	OrgA	OrgA: Vorschlag grundsätzlich vollzogen (Einsparung von Sachkosten - es wird keinen Haushaltsansatz in dieser Hinsicht mehr geben); Ergänzungsvorschlag, das Telefonbuch nur bei Bedarf und voller Finanzierung durch Dienststellenbudgets zu drucken, wird umgesetzt.	14.000		0	14.000
7	Ref. I	OrgA	IZ-IT	250.000	250.000		Einbindung in laufendes Projekt	weitere Vorgehensweise siehe StR v. 19.7.06			250.000	250.000

Haushaltskonsolidierung 2006

<u>Lfd. Nr.</u>	<u>Bereich</u>	<u>DSI</u>	<u>Kurzbezeichnung</u>	<u>Prüfauftrag (EUR)</u>	<u>Gesamt (EUR)</u>	<u>Beschreibung/Begründung (Kurzfassung)</u>	<u>Weiterbearbeitung durch:</u>	<u>Umsetzung</u>	<u>Einsparung IST (EUR)</u>	<u>Einsparung im Vollzug (EUR)</u>	<u>offene Einsparung (EUR)</u>	<u>angepasster Einsparbeitrag (EUR)</u>
8	Ref. I	PA, OrgA	Zusammenlegung der Dienststellen PA und OrgA	200.000	200.000	Nach Ausgliederung der IuK ist eine Zusammenlegung der Dienststellen PA und OrgA zu prüfen.	Ref. I	zurückgestellt (Voraussetzung: Ausgliederung IT)			200.000	200.000
9	Ref. I	ZD	Umzüge und Transporte	40.000	40.000	Bei Umzügen und Transporten ist die Vergabe an Dritte auszuweiten und gleichzeitig die städtische Kapazität zu reduzieren.	ZD, OrgA	Fremdvergabe wird so weit als möglich praktiziert; weitere Fremdvergaben nicht mehr wirtschaftlich			40.000	0
10	Ref. II	Ref. II	Intensivierung der Beteiligungsverwaltung		0	Dadurch soll die Vertretung der städtischen Interessen bei den Beteiligungen gestärkt werden und dadurch Einsparungen bei den Beteiligungen realisiert werden. Dazu muss das städtische Fachwissen stärker koordiniert werden. Insbesondere ist zu klären, inwieweit eine Intensivierung des Beteiligungsmanagements notwendig ist. Qualitätsverbesserung.	Ref. II	Ref. II: StR-Vorlage bis Ende 2006 geplant			0	0
11	Ref. II	St	Zweitwohnungssteuer		40.000	Die bisherigen Erfahrungen mit der Erhebung der Zweitwohnungssteuer sollten die Reduzierung der hierfür vorhandenen Stellenkapazität um eine Stelle des mittleren Dienstes zulassen.	St, OrgA	Durch Anbringen eines Kw-Vermerkes (Realisierung 2008) erledigt.		40.000	0	40.000
12	Ref. II	verschiedene	Optimierung der internen Leistungsverrechnung		0	Erbringen Dienststellen für andere Dienststellen Leistungen sollten die Rechte und Pflichten des Auftraggebers und des Auftragnehmers grundsätzlich geklärt werden (wer steuert? Wer zahlt? Wer kontrolliert? Welche Qualität ist angemessen?). Dazu ist das gesamte System der internen Leistungsverrechnung zu überprüfen, dabei insbesondere OrgA/IuK, H, GBA, ZD. Dabei sollen auch Anreizsysteme geprüft werden.	Ref. II	Ref. II: AG zur Festlegung der Rahmenbedingungen zur Steuerung der ILV soll 2007 installiert werden			0	0
13	Ref. IV	MN	Abbau Ferienüberhang, Angleichung der Strukturen an IZ-Städte		50.000	Im Rahmen der interkommunalen Arbeitsgruppe Musikschulen wurden Einsparpotenziale aufgezeigt, die die Stadt Nürnberg realisieren könnte	Ref. IV, OrgA	wird sukzessive umgesetzt		50.000	0	50.000
14	Ref. IV	SchV	Neues Modell für die Tagesstätte Jean-Paul-Platz		50.000	Nach Ausscheiden der beiden Mitarbeiter wird dieses Modell über freie Träger und Freistaat Bayern (Verordnung zur Ganztagesbetreuung) organisiert.	SchV, OrgA	Durch Stelleneinzug realisiert.	48.700			48.700
15	Ref. IV	SchV	Wegfall der Mal- und Zeichenkurse		14.000	Die bisher durchgeführten Mal- und Zeichenkurse können entfallen. Alternativen (auch privater Art) sind vorhanden.	SchV	Im POA am 19.09.2006 wurden Stelleneinzüge beschlossen, die schon realisiert werden konnten; die Zahl der Verträge ist in den letzten Jahren sukzessive zurückgegangen.	14.000		0	14.000

Haushaltskonsolidierung 2006

<u>Lfd. Nr.</u>	<u>Bereich</u>	<u>DSI</u>	<u>Kurzbezeichnung</u>	<u>Prüfauftrag (EUR)</u>	<u>Gesamt (EUR)</u>	<u>Beschreibung/Begründung (Kurzfassung)</u>	<u>Weiterbearbeitung durch:</u>	<u>Umsetzung</u>	<u>Einsparung IST (EUR)</u>	<u>Einsparung im Vollzug (EUR)</u>	<u>offene Einsparung (EUR)</u>	<u>angepasster Einsparbeitrag (EUR)</u>
16	Ref. V	J	Reduzierung der Vergütungen von Vorpraktikantinnen und Vorpraktikanten im Erziehungsdienst	150.000	150.000	Die Stadt Nürnberg stellt 60 Plätze für Praktikantinnen und Praktikanten zur Verfügung. In Mittel (1. Jahr 617,34 €; 2. Jahr 666,15 €) werden monatlich 641,74 EURO Vergütung bezahlt. Insgesamt wendet die Stadt 462.052,82 EURO jährlich auf. Die Vorpraktikantinnen und Vorpraktikanten haben Anspruch auf eine angemessene Vergütung gemäß § 17 Abs. 1 BBiG. Mit der Vergütungshöhe wird seit einem Stadtratsbeschluss vom 09.01.1990 der Rahmen einer Kann-Vorschrift "bis zur Höhe der Ausbildungsvergütung" voll ausgeschöpft (Richtlinien der Tarifgemeinschaft dt. Länder für die Gewährung von Praktikantenvergütungen von 19.11.1990, B Nr. 1). Die Zahlung des Höchstbetrages (orientiert an der Ausbildungsvergütung) ist nicht zwingend. Andere Träger bezahlen wesentlich weniger (z.B. zahlen Erlangen u. Schwabach ca. 1/3 weniger). Die Prüfung der Grenze der Angemessenheit ist erforderlich.	J	durch POA-Behandlung v. 11.7.06 erledigt	150.000		0	150.000
17	Ref. V	SHA	Überprüfung der Personalkapazität bei SHA durch den Bayerischen Kommunalen Prüfungsverband (BKPV)	1.000.000	1.000.000	Aufgrund der Trennung der bisherigen BSHG-Fälle in SGB XII-Fälle und SGB II-Fälle wird ein großer Anteil der bisherigen BSHG-Bedarfsgemeinschaften in der ARGE Nürnberg bearbeitet. Bei SHA haben sich durch das SGB XII die Arbeitsabläufe wesentlich geändert. Dies wirkt sich auf die Personalbemessung der gesamten Dienststelle aus; der BKPV überprüft aktuell die Personalbemessung. Von den bei SHA ursprünglich vorhandenen rd. 315 Vollkraftstellen wurden 115 in die ARGE verlagert. Von der dann noch verbliebenen Personalkapazität ist bereits ein Betrag von 681.625 Euro im Rahmen der Haushaltskonsolidierung 2004 einzubringen. Unter Berücksichtigung der bis jetzt vorliegenden Erkenntnisse des BKPV (die Untersuchung ist noch nicht in allen Bereichen abgeschlossen) und auf Basis der aktuellen Fallzahlen (Tendenz noch steigend) ist vorerst von einem weiteren Einsparpotential von 1 Mio Euro auszugehen.	Einbindung in laufende Untersuchung	Ref. V: Bearbeitung ist in laufenden Prozess der Neustrukturierung von Ref. V eingebunden. Die künftige Personalausstattung bei SHA wurde im POA am 24.10.2006 beschlossen. Ein Teil der Stelleneinzüge ist bereits realisiert.		1.000.000	0	1.000.000
18	Ref. V, Ref. VIII	J, ASD, KuF, BZ	Reduzierung der Vergütungen von Praktikantinnen und Praktikanten der Fachhochschulen		80.000	Die Stadt Nürnberg stellt jährlich für 80 Praktikantinnen und Praktikanten jeweils zweimal 20 Wochen pro Jahr Plätze zur Verfügung und bezahlt jeweils im Monat 204,52 EURO aufgrund eines Stadtratsbeschlusses vom 16.03.1993, entsprechend dem Höchstbetrag der Richtlinien der Tarifgemeinschaft dt. Länder für die Gewährung von Praktikantenvergütungen v. 19.11.1990. Der Gesamtbetrag der Vergütung beträgt 163.616,-- EURO jährlich.	Ref. V, Ref. VIII	Umsetzung nach neuer Studienordnung ab 2008		80.000	0	80.000

Haushaltskonsolidierung 2006

<u>Lfd. Nr.</u>	<u>Bereich</u>	<u>DSt</u>	<u>Kurzbezeichnung</u>	<u>Prüfauftrag (EUR)</u>	<u>Gesamt (EUR)</u>	<u>Beschreibung/Begründung (Kurzfassung)</u>	<u>Weiterbearbeitung durch:</u>	<u>Umsetzung</u>	<u>Einsparung IST (EUR)</u>	<u>Einsparung im Vollzug (EUR)</u>	<u>offene Einsparung (EUR)</u>	<u>angepasster Einsparbeitrag (EUR)</u>
19	Ref. VI	Geo	IZ-Geo	633.000	633.000		Einbindung in laufendes Projekt	Geo: Umsetzung hängt von verschiedenen Faktoren ab (GKU, IZ-Projekt, etc.), Höhe und Zeitpunkt der Einsparung daher derzeit nicht absehbar			633.000	633.000
20	Ref. VI	H	Bereich Technik (z. B. Starkstrom, Sanitär, Heizung)		60.000	Aufgrund des neuen Hausmeistermodells bei den Schulen und möglicher weiterer Dezentralisierungen sind Personaleinsparungen möglich.	H, OrgA	H: in Zusammenarbeit mit OrgA wird Auswertung des neuen Hausmeistermodells vorgenommen und Auswirkungen auf H-Leistungen untersucht			60.000	60.000
21	Ref. VI	H	Denkmalpflege und Denkmalschutz	100.000	100.000	Die gewachsene Sensibilität für städtische Dienstleistungen erfordert auch eine aufgabenkritische Herangehensweise an die Aufgaben des Denkmalschutzes und der Denkmalpflege. Die Konzentration auf wesentliche Aufgaben sollte sowohl bei der Denkmalpflege als auch beim Denkmalschutz noch einen sachgerechten Vollzug sicherstellen.	H, OrgA	Das Thema wird im Rahmen der Umstrukturierung von H mit behandelt.			100.000	100.000
22	Ref. VI	H	Richtwert für: Bruttogrundfläche/ Hauptnutzfläche		0	Das Raumprogramm ist in der Regel vorgegeben aber die Ausführung, ob kompakte oder zergliederte Bauwerke geplant und erstellt werden, kann durch die Vorgabe des Verhältnisses Bruttogrundfläche/Hauptnutzfläche beeinflusst werden. Hierfür sollte ein Richtwert festgelegt werden, der auch auf Umbaumaßnahmen angewendet werden kann	H	H: Weiterverfolgung im Rahmen der BIB			0	0
23	Ref. VI	Vpl	Organisatorische Zusammenführung mit T	100.000	100.000	Es ergeben sich Synergieeffekte in der Straßenplanung zu Stpl und im Verkehrsmanagement zu T.	Ref. VI, OrgA	Wegen SÖR zurückgestellt (StR: 29.03.06)			100.000	100.000
24	Ref. VI, 3. BM, SRD	Bau-DSt, Bau-höfe, ASN und STEB	Gerätepool aller Baudienststellen bzw. stadteigene Betriebe ins Intranet einstellen und an stadteigene Dienststellen kostengünstig vermieten.	5.000	5.000	Durch Einrichtung eines Gerätepools mit kostengünstiger interner Vermietung (unter Marktpreis) der Maschinen, Geräte und Fahrzeuge kann die Auslastung verbessert werden. Außerdem bleiben die Finanzmittel, die bei Fremdanmietung fällig würden, im städtischen Haushalt.	3. BM, Ref. VI, SRD	Überlegungen im Geschäftsbereich des 3. BM finden statt			5.000	5.000
25	Ref. VII	WS	Förderung des Wohnungsbaus	50.000	50.000	Es ist zu prüfen, inwieweit Änderungen bei der Eigenheimzulage zu einer Veränderung bei den Fallzahlen führen und damit eine Anpassung der Stellenkapazität möglich wird.	WS, OrgA	WS: Rückgang der Fallzahlen sei durch den Anstieg von Bewilligungen kompensiert - Prüfung muss noch erfolgen.			50.000	50.000

Haushaltskonsolidierung 2006

<u>Lfd. Nr.</u>	<u>Bereich</u>	<u>DSI</u>	<u>Kurzbezeichnung</u>	<u>Prüfauftrag (EUR)</u>	<u>Gesamt (EUR)</u>	<u>Beschreibung/Begründung (Kurzfassung)</u>	<u>Weiterbearbeitung durch:</u>	<u>Umsetzung</u>	<u>Einsparung IST (EUR)</u>	<u>Einsparung im Vollzug (EUR)</u>	<u>offene Einsparung (EUR)</u>	<u>angepasster Einsparbeitrag (EUR)</u>
26	Ref. VIII	BZ	BZ – Restrukturierung mit externer Begleitung		9.800	Das Bildungszentrum unterzieht sich gegenwärtig einem Organisationsentwicklungsprozess, der vom renommierten Deutschen Institut für Erwachsenenbildung strukturiert und moderiert wird. Begleitet wird der Prozess durch das Organisationsamt und Referat VIII. Ziel ist eine organisatorische Neuaufstellung der Einrichtung. Dabei soll auch durch geänderte Strukturen und personalwirtschaftliche Maßnahmen auf mittlere Sicht eine Ergebnisverbesserung erreicht werden, die dem Abbau der gegenwärtig bestehenden Plafondüberziehung des Bildungszentrums dienen soll. In diesem Kontext kann nach Auffassung der Arbeitsgruppe durch eine konkrete Maßnahme eine kurzfristig wirksame Haushaltsverbesserung möglich gemacht werden. Die Neustrukturierung der Hörervertretung ist Teil des OE – Prozesses. Der Haushaltsansatz für den Geschäftsbedarf der Hörervertretung kann künftig entfallen.	BZ, OrgA	im HH 2007 vollzogen	9.800		0	9.800
27	Ref. VIII	BZ	Reduzierung des Defizits	145.000	145.000	Die Honorare der Dozenten beim Bildungszentrum liegen im Vergleich zu anderen Kommunen auf einem hohen Niveau. Ein Absenken erscheint hier vor dem allgemeinen wirtschaftlichen und sozialpolitischen Hintergrund (z.B. deutliche Arbeitszeiterhöhungen in vielen Bereichen) vertretbar. Eine Reduzierung des Planansatzes 2005 um 5% hätte eine geringere Belastung des BZ-Plafonds um 145.000 Euro zur Folge. Ein Vergleich mit anderen Städten soll erstellt werden.	BZ, OrgA	Honorare abgesenkt; Einsparung verbleibt im BZ-Plafond zur Verringerung des strukturellen Defizits	145.000		0	145.000
28	allg	allg	Einsatz von Transponder-Chips		0	Z.B. bei der Bücherausleihe oder beim Eintritt in Bäder sollen Selbstbedienungskonzepte mit dem Einsatz von Transponder-Chips geprüft werden. Einsparungen sicher, Höhe nicht abschätzbar.	OrgA, StB, NüBad	StB befindet sich in Informationsphase (Einführung erst mit Umzug 2009 geplant)			0	0

Haushaltskonsolidierung 2006

<u>Lfd. Nr.</u>	<u>Bereich</u>	<u>DSI</u>	<u>Kurzbezeichnung</u>	<u>Prüfauftrag (EUR)</u>	<u>Gesamt (EUR)</u>	<u>Beschreibung/Begründung (Kurzfassung)</u>	<u>Weiterbearbeitung durch:</u>	<u>Umsetzung</u>	<u>Einsparung IST (EUR)</u>	<u>Einsparung im Vollzug (EUR)</u>	<u>offene Einsparung (EUR)</u>	<u>angepasster Einsparbeitrag (EUR)</u>
29	allg	allg	Eintrittsermäßigungen stark reduzieren	50.000	50.000	Der soziale Ausgleich für vermeintlich bedürftige Zielgruppen im Rahmen von Eintrittsgeldern sollte nicht durch die Stadt finanziert werden. Rentner, Studenten und Behinderte sind nicht per se bedürftig. Trifft dies bei Mitbürgerinnen und Mitbürgern aus dem Stadtgebiet zu, so sind diese im Besitz eines NürnbergPasses. Diese Reduzierung sollte uneingeschränkt bestehen bleiben, ebenso Verbilligungen im Rahmen von Familienkarten. Ermäßigungen für Rentner, Behinderte und Studenten können hingegen abgeschafft werden.	Ref. II, Ref. V, Stk	Sehenswürdigkeiten-Satzung entsprechend geändert; Einsparung nicht bezifferbar, Auftrag sollte damit als erledigt betrachtet werden (KultA 11.10.06, StR 25.10.06)			50.000	0
30	allg	allg	Mündliche Beantwortung von Stadtratsanträgen/-anfragen, Einführung einer "Aktuellen Stunde"; Reduzierung des Verteilers von Sitzungsunterlagen	40.000	40.000	Anfragen der Fraktionen/Stadträte an die Verwaltung werden in Nürnberg im Regelfall sehr arbeitsaufwändig bearbeitet. Jeder Antrag (ca. 250 jährlich ohne Dringlichkeitsanträge) wird grundsätzlich mit schriftlichem Sachverhalt und Beilagen in den zuständigen Ausschuss eingebracht. Man könnte die Behandlung von Anträgen in vielen geeigneten Fällen beschleunigen und vereinfachen, indem man sie unverzüglich in der nächst darauf folgenden Sitzung des zuständigen Gremiums auf die Tagesordnung setzt und durch mündlichen Bericht erledigt. Die Art der Erledigung - mdl./schriftl. Bericht oder offen lassen - könnte der Verfasser der Anfrage selbst vorschlagen oder sie würde durch Herrn OBM der Sache angemessen in seiner Bearbeitungsverfügung festgelegt. Im Hinblick darauf, dass im neuen Ratsinformationssystem (ERIS) in der Regel alle Sitzungsbeilagen zu finden sind, sollen künftig die Ausschussvorlagen nur noch im unbedingt erforderlichen Umfang in der Verwaltung verteilt werden.	BgA	BgA: ERIS läuft stabil, StR-Unterlagen in Papierform werden reduziert. Aktuelle Stunde soll nicht eingeführt werden, ggf. zukünftig mehr Anfragen statt Anträge, Einsparung erst nach Probephase ermittelbar		40.000		40.000
31	allg	allg	Optimierung der Raumnutzung		0	Bei den städtischen Gebäuden soll die gemeinsame Nutzung von Räumen durch verschiedene Dienststellen gefördert werden unter Beachtung des Hauptnutzungszwecks (z.B. Schulräume durch BZ, Kindergärten durch KuF). Dabei sind folgende drei Punkte aufzuarbeiten:-Mietverträge für alle städtischen Räume zwingend-Aufbau von Anreizsystemen für die Dienststellen, dass Räume vermietet werden-multifunktionale Nutzung städtischer Einrichtungen. Einsparungen möglich, Höhe nicht abschätzbar.	OrgA, AG Räume	OrgA: Doppelnutzungen finden statt und werden weiterhin laufend geprüft; Anreizmodell zur Abgabe nicht genutzter Räume läuft; Einsparungen nicht bezifferbar. Das Thema wird im Rahmen der ILV mit behandelt (s. lfd. Nr. 12)			0	0

Haushaltskonsolidierung 2006

<u>Lfd. Nr.</u>	<u>Bereich</u>	<u>DSt</u>	<u>Kurzbezeichnung</u>	<u>Prüfauftrag (EUR)</u>	<u>Gesamt (EUR)</u>	<u>Beschreibung/Begründung (Kurzfassung)</u>	<u>Weiterbearbeitung durch:</u>	<u>Umsetzung</u>	<u>Einsparung IST (EUR)</u>	<u>Einsparung im Vollzug (EUR)</u>	<u>offene Einsparung (EUR)</u>	<u>angepasster Einsparbeitrag (EUR)</u>
32	allg	allg	Städt. Fuhrpark - u.a. Abstellflächen		0	Der städtische Fuhrpark lässt im Rahmen einer Reduzierung des Standards oder der Anzahl der Fahrzeuge kein großes Einsparpotenzial mehr erwarten. Geprüft werden sollten in diesem Zusammenhang jedoch die Kosten für Abstellflächen der Fahrzeuge.	OrgA, Nutzer von Dienst-Kfz	Einsparpotenzial schwer ermittelbar und dürfte nicht sehr hoch sein. Ggf. sollte ein Anreizmodell im Rahmen einer echten Verrechnung von Miet- und Flächenkosten entwickelt werden. Der Vorschlag wird im Rahmen der ILV (Ifd. Nr. 12) weiter verfolgt.			0	0
33	allg	allg	Weitere Reduzierung bei Büchern und Fachzeitschriften		40.000	Bücher und Fachzeitschriften waren wiederholt Gegenstand von Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen. Durch die weitere Verbreitung des Internets in der Stadtverwaltung, sowie der darin enthaltenen Angebote erscheint es möglich, ca. weitere 10% des Volumens dieser Kostenart zu reduzieren. Insbesondere bei nur unregelmäßiger Benutzung (kein klassisches Arbeitsmittel) kann u.U. verstärkt auf Inter- oder Intranetangebote zurückgegriffen	Stk	Ref. II: pauschale Sachkonto-Kürzung nicht sinnvoll, besser gezieltes Zugehen auf einzelne Dst im Rahmen der Quartalsberichte; Einsparziel jedoch kaum erreichbar		40.000		40.000
34	allg	allg	Verringerung des Verlustausgleichs der Städtischen Werke		3.000.000		Ref. II	Ref. II: Gesamtverlust StWN 2007-2010 mit 23,4 Mio EUR weit unter den Ansätzen von 2003-2006	3.000.000		0	3.000.000
35	allg	allg	Haushaltssperre		3.542.600		bereits im Vollzug	vollzogen durch Dringliche AdO	3.542.600		0	3.542.600
			SUMME		3.033.000	9.933.400			6.924.100	1.344.000	1.665.300	9.828.100